

## **Resolution des erweiterten Landesvorstandes der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst Salzburg 6.10.2015**

### **Gehaltsverhandlungen 2016**

Die derzeitige Teuerungsrate liegt über 1%, sie ist in Österreich so wie in den vergangenen Jahren höher als in anderen europäischen Ländern.

Die Prognose für das Wirtschaftswachstum wurde nach oben revidiert.

Wir verlangen daher eine Gehaltserhöhung ab 1.1.2016, abgeschlossen auf 1 Jahr, die diesen Parametern gerecht wird.

Die Forderungen der Bundesheergewerkschaft, unter anderem zur Beibehaltung der Truppendienstzulage sowie der Pauschalvergütung für den verlängerten Dienstplan für alle Berufssoldaten, werden nachdrücklich unterstützt.

### **Asylthema und Öffentlicher Dienst: Grenzen der Belastbarkeit der Polizei überschritten**

Die durch die Asylwerber entstandenen Anforderungen für den öffentlichen Dienst Salzburg bei Bildung, Bundesheer und Verwaltung führen insbesondere in der Justizwache und extensiv bei der Polizei zu massiven Belastungen und zu Krankenständen, wobei beides auf Dauer nicht mehr zu bewältigen ist.

Die Polizistinnen und Polizisten des Bundeslandes Salzburg befinden sich durch die Flüchtlings- und Asylproblematik bzw. den damit verbundenen zusätzlichen, personalintensiven Aufgaben und Einsätzen außerhalb aller zumutbaren psychischen und physischen Belastbarkeitsgrenzen. Die Aufrechterhaltung einer sicherheitsdienstlichen Grundversorgung des Landes ist trotz hoher Motivation der Kolleginnen und Kollegen gefährdet. Bereits durch Überlastung eingetretene bzw. real drohende Beeinträchtigungen der Gesundheit der Belegschaft können nicht weiter toleriert werden. Durch die hohen Einsatzkosten entstandene und bereits deutlich spürbare finanzielle Engpässe sind durch ein festgelegtes Sonderbudget zu beseitigen. Einsparungsmaßnahmen in der Vergangenheit lassen nunmehr die Situation eskalieren.

Eine Verbesserung der Personalsituation durch massive zusätzliche Neuaufnahmen ist ein Gebot der Stunde und somit angesichts der notwendigen Ausbildungszeit ohne weiteren Aufschub umzusetzen. Niemand weiß, was die Zukunft bringt. Die Salzburger Polizei muss wieder in die Lage versetzt werden, auch bei Sonderlagen, ohne die absoluten Belastungsgrenzen der Bediensteten zu überschreiten, ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen zu können.

Die Politik – Innenministerium, Bundeskanzleramt, Justizministerium, Verteidigungsministerium sowie das Finanzministerium zur Gewährleistung der finanziellen Bedeckung – wird aufgefordert unverzüglich zu handeln!

Die Freiwilligen, die aus dem Öffentlichen Dienst Salzburgs kommen, zeigen eine solidarische Haltung von hoher Güte.

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst leisten professionelle Arbeit auf der Grundlage der bestehenden Gesetze und haben Anspruch darauf, dass diese Arbeit entsprechend honoriert wird.

Auf die Belastbarkeitsgrenzen durch die Aufnahme von Flüchtlingen hat die Politik zu achten. Für eine entsprechende personelle und budgetäre Ausstattung ist in allen betroffenen Bereichen zu sorgen.

## **Dienst- und Besoldungsrecht des Bundes**

Verhandlungen zur Neugestaltung des Dienst- und Besoldungsrechtes des Bundes sind unverzüglich anzusetzen.

Frau Staatssekretärin Steßl wird dringend aufgefordert, auf Basis der vorgelegten Eckpfeiler durch die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, in Verhandlungen einzutreten.

## **Bildung und Arbeitsrecht**

Die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer besteht nicht nur in der Unterrichtstätigkeit. Eine volle Lehrverpflichtung entspricht einer 40 Stundenwoche. Eine Erhöhung der Lehrverpflichtung würde eine massive Verschlechterung für die Unterrichtsqualität und die Betreuung der Lernenden bewirken und wird deshalb strikt zurück gewiesen.

Eine Ausweitung der derzeitigen Lehrverpflichtung, beispielsweise bei den „senior lecturers“ an den Universitäten würde die Möglichkeit einer wissenschaftlichen Tätigkeit, die eine jede seriöse Universität fraglos ermöglichen sollte, nicht mehr erlauben und wird daher abgelehnt.

Regelmäßige Rückmeldungen über den Lernfortschritt der erbrachten Leistungen für Studierende würde nur mehr in sehr eingeschränkter Weise angeboten werden können. Es wird daher eine interne und externe Begutachtung der Tätigkeit in Bezug auf die Gesamtarbeitszeit verlangt.

Es gingen zigtausende Arbeitsplätze verloren. In keiner anderen Berufsgruppe ist eine Erhöhung über die 40 Stundenwoche hinaus angedacht und geplant.